



Resolution der Schlüsselbranche Forst und Holz anlässlich des 5. AGR-Forums, 16. Juli 2009 in Berlin

In Zeiten einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise stellt sich die Branche ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung im Rahmen einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Diese ergibt sich aus der gemeinsamen – Demokratie und Menschenrechten verpflichteten – Wertebasis, den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und dem freien unverfälschten Wettbewerb.

Forst- und Holzwirtschaft beschäftigen 1,2 Mio. Mitarbeiter und erwirtschaften einen Umsatz von 165 Mrd. Euro. Das Ziel der Branche ist es, trotz Krise diese Werte zu erhalten und weiter auszubauen. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn Wettbewerbshemmnisse und Überbürokratisierung in Europa und Deutschland abgebaut werden. Die Vergangenheit zeigt, dass Subventionen die Wege in eine erfolgreiche Zukunft erschweren oder versperren.

Vor diesem Hintergrund formulieren Forst- und Holzwirtschaft folgende Forderungen an die politischen Entscheidungsträger:

1. Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen, um die Holznutzung im Rahmen der Nachhaltigkeit zu steigern. Das bedeutet eine Forstwirtschaft zu betreiben, die biologische Vielfalt, Naturschutz und wirtschaftliche Nutzung gleichermaßen möglich macht. Zusätzliche Waldflächenstilllegungen werden abgelehnt, zusätzliche Naturschutzleistungen der Forstwirtschaft müssen honoriert werden. Es gilt „Schutz durch Nutzung“.
2. Wald und Holz sind Teil der Lösung der Probleme des Klimawandels. Die Kohlenstoffsinkenfunktion des Waldes und die Speicherung von Kohlenstoff in Holzprodukten leisten einen zentralen, aber bisher vernachlässigten Beitrag zur Abmilderung des Klimawandels. Gleichzeitig ist der Wald ein Hauptbetroffener der klimatischen Veränderungen. Es wird die Anerkennung der Kohlenstoffbindung in Holz und Holzprodukten im Kyoto-Folgeprotokoll anlässlich der Kopenhagen-Konferenz 2009 gefordert.



3. Die Initiative, den Biomasseaktionsplan durch einen Aktionsplan für stoffliche Nutzung zu ergänzen wird begrüßt. Es wird gefordert, dass die Aktionspläne als Einheit einer Gesamtstrategie angesehen werden, damit das Holzangebot so gestaltet werden kann, dass die Ansprüche aller Verbraucher erfüllt werden können.
4. Es wird begrüßt, dass die gesellschaftlichen Ansprüche an den Wald aller „Stakeholder“ in eine Gesamtstrategie Wald 2020 eingebunden werden sollen. Es ist zu hoffen, dass dies als Leitbild auch in die Koalitionsverhandlung der Partner, die die neue Bundesregierung bilden werden, einfließen wird.
5. Die Finanzkrise wirkt unternehmensindividuell. Daher stellen wir keine pauschalen Forderungen an die Politik. Vielmehr fordern wir eine positive Gestaltung der Rahmenbedingungen durch die Politik, z.B. durch
 - Abbau von Hemmnissen beim Bauen mit Holz
 - Erhöhung des Holzangebotes
 - Hilfe bei der Kreditversicherung für Warenlieferungen
 - Unbürokratische Inanspruchnahme der Kredit- und Bürgschaftsprogramme

Überbordende Bürokratie kann durch freiwillige Selbstverpflichtungen begrenzt werden. Es wird gefordert, dass dieses Prinzip bei der Umsetzung des FLEGT-Prozesses in Form des Code of Conduct Berücksichtigung findet.

6. Die Voraussetzungen für eine effizientere, verbrauchssteigernde Holzforschung sind zu schaffen. Dazu gehört eine übergeordnete Instanz von Forst und Holz, die die Forschungskriterien, -ziele, -strukturen und -projekte festlegt und Einfluss nimmt auf die Vergabe öffentlicher Mittel sowie auf die Koordination diverser Forschungsaktivitäten. Sie sollte die Notwendigkeit und Zielrichtung von Forschungsrichtungen festlegen und sich dabei an der Positionierung von Holz im Markt im Kontext der Wettbewerbswerkstoffe orientieren. Biorefinery verspricht mittelfristig eine erfolgreiche Konzeption zu sein.

Ergänzend sollte ein Monitoring vorliegender, laufender und zukünftiger Forschungsaktivitäten und -ergebnisse auf europäischer Ebene eingeführt werden. Es wird ein transparentes, vereinfachtes Antragswesen mit einem Steuerbonus für Unternehmen, wie es in den USA, Großbritannien, Frankreich, Österreich und anderen EU-Staaten praktiziert wird, gefordert.



Die Forest Technology Platform als Einrichtung zur notwendigen Gemeinschaftsforschung von Forst und Holz auf nationaler und europäischer Ebene sollte das Monitoring und die Koordination vornehmen. Sie sollte daher breite Akzeptanz und Unterstützung durch Politik, Wirtschaft und Wissenschaft erhalten.

7. Unterstützung der Bemühungen für die Fortführung der Arbeiten des Holzabsatzfonds auf privatwirtschaftlicher Basis.

Wir danken den Verantwortlichen im BMELV, in der Politik und in den Ländern, dass sie die Bemühungen der Forst- und Holzwirtschaft unterstützen, eine erfolgreiche Holzabsatzförderung in privater Regie weiterzuführen. Die Gespräche, die bisher geführt wurden, zeigen, dass unser gemeinsamer Wirtschaftsbereich trotz der aktuellen Krise so leistungsfähig ist, dass er eine tragfähige Lösung auch für die Zukunft entwickeln kann. Dies lässt darauf schließen, dass Forst und Holz sich auf Grund der Vorteile des Rohstoffes Holz dynamisch und expansiv in den nächsten Jahren entwickeln werden.

Dr. Klaus-D. Kibat
Berlin, 16. Juli 2009